

Paradoxie der Supermacht

THOMAS KRUMM

Benjamin Barber, *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München 2002, C.H. Beck, 276 S.

Peter Bender, *Weltmacht Amerika. Das Neue Rom*, Stuttgart 2003, Klett-Cotta, 295 S.

Sabine Busse, *Europa blickt auf Amerika – und umgekehrt? Die Neue Transatlantische Agenda als Grundlage einer effektiven Partnerschaft*, Bonn 2003, Europa Union Verlag, 112 S.

Seymour Martin Lipset, *The First New Nation. The United States in Historical and Comparative Perspective*, New Brunswick, London 2003 [1963], Transaction Publishers, 366 S.

Mit dem Aufstieg der USA zur einzig verbliebenen Supermacht hat sich auch ihr Verhältnis zu Europa verändert. Insbesondere das »alte« Europa ist für die Amerikaner weniger wichtig geworden. Umgekehrt hat sich die Skepsis nicht nur der »alten« Europäer gegenüber der Außenpolitik und der Führungsrolle der USA verstärkt. Die »Wertekluft« zwischen den USA und Europa ist so präsent wie selten zuvor. Die These der transatlantischen »Kluft« wird einer Umfrage von »Transatlantic Trends« zufolge von der öffentlichen Meinung auf beiden Seiten des Atlantiks weitgehend geteilt. Der Frage, ob Europäer und Amerikaner unterschiedliche soziale und kulturelle Werte besitzen, wurde 2003 in den USA von 83 Prozent und in Europa von 79 Prozent der Befragten zugestimmt.¹ Dennoch gewinnt gegenwärtig auch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und Lagen an Bedeutung. Während die Differenzen zwischen den USA und Europa zunehmen, wachsen gleichzeitig auch die Gemeinsamkeiten, weil sich die Unterschiede zwischen den USA und Europa auf der einen Seite und dem »Rest der Welt« auf der anderen schärfer konturieren.² Der Eindruck des Endes der »transatlantischen Epoche« wird dadurch wieder

1. Vgl. www.transatlantictrends.org.

relativiert. Beide Seiten werden sich quasi mühsam darüber klar, dass man trotz gewachsener Unterschiede immer noch im »gleichen Boot« westlicher Zivilisation sitzt.

Es wäre nun ein Leichtes, amerikanischen Unilateralismus, Machtpolitik und etwa die eher hemdsärmelige »Brachialdiplomatie« der Amerikaner zu verurteilen und ganz auf die europäische Karte der Diplomatie, des Wandels durch Handel und Entwicklungszusammenarbeit sowie Multilateralismus zu setzen. Damit gibt man aber häufig auch den Schlüssel zum Verständnis des exzeptionalistischen amerikanischen Selbstverständnisses aus der Hand. Es ist kein neues Muster, dass viele Intellektuelle diesseits und jenseits des Atlantiks die US-amerikanische Politik und Gesellschaft für so unmöglich halten, dass sie sich kaum die Mühe machen, sie genauer zu beobachten. Eine Ausnahme in der gegenwärtigen Flut der USA- und (Anti-)Bush-Literatur stellt das 1963 erstmals erschienene und 2003 neu aufgelegte Werk »The First New Nation« von Seymour M. Lipset über das demokratische »nation-building« der Vereinigten Staaten dar. Lipsets Generalthema ist die vergleichende Untersuchung von Bedingungen und Problemen, Werten und Institutionen des demokratischen Nationalstaates, den »social requisites of democracy«³. Sein immer wiederkehrendes Unterthema ist die Frage, was die Besonderheit des amerikanischen Nationalstaates ausmacht, die so erfolgreich z.B. das Aufstreben sozialistischer Ideen und Bewegungen verhindert hat. Lipset hat dabei immer gerne die USA mit Kanada verglichen, zuletzt in »Continental Divide« (1990)⁴ für die Bereiche Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, um an den Unterschieden den Charakter des

-
2. Sowohl Amerikaner als auch Europäer stimmen der gleichen Umfrage zufolge mit großer Mehrheit (je 88 %) der Aussage zu, dass die EU zwar militärisch nicht mit den USA gleichziehen könne, aber durch Diplomatie, Handel oder Entwicklungshilfe dennoch Einfluss auf die Lösung internationaler Probleme nehmen kann. Damit werde die »sanfte« Macht der EU beiderseits des Atlantiks anerkannt. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass Mehrheiten in Europa und in den USA den Unilateralismus der USA als potenzielle Bedrohung begreifen. Auch bei der Wahrnehmung von Bedrohungen internationaler Sicherheit findet sich trotz der unterschiedlichen Intensität eine Ähnlichkeit der amerikanischen und europäischen Bewertungen. Ebenso zeige der Blick auf das »Sympathie thermometer«, dass Amerikaner und Europäer in etwa dieselben Antipathien für Staaten wie den Iran, Nordkorea und Syrien empfinden.
 3. So in Seymour M. Lipset, *Political man. The social bases of politics*, London 1960, Heinemann.
 4. »Continental divide. The values and institutions of the United States and Canada«, New York 1990, Routledge.

»Exzeptionalismus«⁵ der USA, den »unique character« amerikanischer Politik und seine Genese unter den englischsprachigen Siedlergesellschaften aufzuzeigen. Immer wieder hat sich Lipset mit dem einzigartigen Fehlen einer sozialistischen bzw. Arbeiterpartei, der Schwäche des »Klassenbewusstseins« und entsprechender Arbeiterorganisationen sowie wohlfahrtsstaatlicher Vorkehrungen in den USA beschäftigt.

Im vorliegenden Buch befasst sich Lipset mit zwei Hauptthemen: zum einen mit den sozialen Bedingungen, die eine stabile Demokratie ermöglichen, zum anderen mit dem Ausmaß, in dem die amerikanischen Erfahrungen des »nation-building«, angefangen mit der ersten erfolgreichen Revolution gegen Kolonialherrschaft, die das Selbstverständnis als »first new nation« geformt hat, repräsentativ oder exzeptional sind. Im ersten Teil, »America as a new nation« vergleicht er die Probleme der nation-building-Phase der USA mit denen gegenwärtiger Staatsbildungsprozesse und analysiert die Konsequenzen der revolutionären Gestaltung eines neuen Nationalcharakters und -stils. U.a. weist er darauf hin, dass die Tolerierung einer Opposition die schwerste Lernaufgabe einer jungen Demokratie ist. Opposition zu tolerieren und nun mit Kritik, prozeduralen Verzögerungen und dem Scheitern von Vorhaben konfrontiert zu sein, erfordert ein höchstes Maß an Selbstdisziplinierung der Machthaber. Beispiele aus den frühesten Jahren der US-Regierung zeigen, wie leicht die ersten konstitutionellen Demokraten der Welt dazu übergehen konnten, politische Gegner zu benachteiligen und zu unterdrücken (S. 41–50). Beispiele aus der jüngeren Geschichte lassen sich nahtlos ergänzen. Bisher hat die Demokratie in Amerika bei entsprechenden Gefährdungen allerdings immer ein erstaunliches Selbstkorrekturvermögen und Stabilität gezeigt, was von Kritikern gerne übersehen wird. Die Lernaufgabe einer jungen Demokratie ist es, den »Code« von Regierung und Opposition nicht nur auf der Institutionenebene zu implementieren, sondern auch im Wertesystem zu verankern. Lipset sieht im Falle der Vereinigten Staaten zwei Werte dominieren: »... equality and achievement emerged from the interplay between the Puritan tradition and the Revolutionary ethos in the early formation of America's institutions« (102).

Beide Werte stehen für »stability in the midst of Change«, so der Titel des zweiten Teils, in dem Lipset aufzeigt, wie die Werte, die noch aus den revolutionären Wurzeln stammen, fortfahren, Form und Inhalt amerikanischer Institutionen zu prägen. Nicht unproblematisch erscheint seine

5. Vgl. *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York 1996, Norton.

Beobachtung eines »unchanging american character[s]« (106) als ideelles Fundament der Gesellschaft. Lipset konzentriert sich hier auf spätere Phasen und auf religiöse Institutionen und die Gewerkschaften. Im dritten Teil schließlich zeigt Lipset in vergleichender Perspektive, wie die Werte einer Nation ihre politische Evolution bestimmen. Die Werte einer Nation stellen eine Art Konsensrahmen dar, der den politischen Konflikt in sich aufnimmt und Forderungen nach einem gewaltsamen, revolutionären Wandel neutralisiert, wie der Autor dann am Beispiel von Wertmustern, Wertunterschieden, Parteiensystem und sozialen Konfliktlinien illustriert. Lipset bietet einen analytisch ausgereiften Zugang zum Selbstverständnis der Vereinigten Staaten, der manchmal etwas langatmig wirkt, sich aus der gegenwärtigen Literaturflut zum Thema aber wohlthuend abhebt. Die Feststellung eines »unchanging american characters« mag überzeichnet wirken, weist aber darauf hin, dass sich die amerikanische Gesellschaft in ihren Werten und Institutionen viel langsamer verändert als manche Kurswechsel in der Außenpolitik vermuten ließen. Trotz des zeitlichen Abstands von über 40 Jahren zur Erstausgabe bietet das Buch eine immer noch passende Einführung in das amerikanische Selbstverständnis als »ausgewählte Nation«.

Lipset liest amerikanische Geschichte auf Kontinuität, während *Peter Bender* sie in seinem Buch »Weltmacht Amerika: Das neue Rom« auf Diskontinuität, auf Zäsuren und Differenzen liest. Während Lipset bevorzugt mit Kanada vergleicht, also synchrone Komparativistik betreibt, führt Bender einen historischen, diachronen Vergleich durch. Die historischen Beziehungen zwischen Griechen und Römern findet man gegenwärtig häufiger als Deutungsmuster für die von Europäern und Amerikanern.⁶ Neben der Hauptlinie des Vergleichs (Rom – USA) führt er eine zweite, synchrone Vergleichslinie ein, indem er vorschlägt, das Verhältnis zwischen den USA und Europa mit dem zwischen Römern und Griechen in der Antike zu vergleichen. Rom wurde nach Bender zu einer Art Hülle der griechischen Zivilisation, die ihr Halt und Stütze nach außen gab.

6. So hat bspw. das Europäische Parlament am 10. April 2003 einen Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten angenommen, in dem größere militärische Anstrengungen von den Mitgliedsstaaten gefordert werden: »Wenn diese Bereitschaft fehlt, wenn es die Regierungen der Mitgliedsstaaten weiterhin den Amerikanern überlassen, eventuelle Kriege zu führen, und sich lediglich mit Fragen des Friedens befassen, dann muss sich die Union wohl damit abfinden, dass sie die Rolle der Athener im alten Rom spielt: dies hieße letzten Endes, hinzunehmen, dass man sich dem Willen eines neuen Reiches unterordnet.«

Auch wenn seit der Zäsur 1991, mit der die USA einzige Weltmacht wurden, noch mehr Trennendes gegenüber Europa hinzugekommen ist, leben doch auch beide »in einer Zivilisation, die sie mehr und tiefer miteinander verbindet als mit jedem anderen Teil der Welt« (263).

Bender beschreibt das Verhältnis von Griechen und Römern sowie Europäern und Amerikanern als symbiotisch. Die Freiheit des Kleineren wird mit den Waffen und der Macht des Größeren gesichert. »Die Römer sahen auf zur Kultur der Griechen und sahen hinab auf die Graeculi, die Griechlein, die politisch nichts zustande brachten als kleinliche Rivalitäten in ihrem engen Land« (260). Während die Römer aber die Kunst der Griechen massenhaft raubten, importierten und imitierten die Amerikaner zunächst europäische Kunst und Kultur,⁷ ehe dann die amerikanischen Varianten und Entwicklungen davon wieder über die halbe Welt ausgebreitet wurden. »Römer und Amerikaner im Bewusstsein ihrer Macht, Griechen und Europäer im Stolz auf ihre Kultur, jeder im Gefühl, dem anderen überlegen zu sein, jeder voller Ressentiment im Gefühl seiner Unterlegenheit« (260).

Skeptisch bleibt Bender gegenüber der Bezeichnung »Empire«. Beide, Römer und Amerikaner, pfleg(t)en in der Außenpolitik einen Stil des »Herrschens, ohne zu regieren« (255). Mit dieser Formel umschreibt Bender den Unilateralismus der Supermächte, die Willkürlichkeit ihrer Machtausübung, die sich durch Regeln und Verträge nicht binden lassen will. Beide begannen ihre Expansion ausgehend von einem »insularen Isolationismus« und errichteten um ihre Territorien immer größere konzentrische Sicherheitszonen, die im Fall der USA globale Ausmaße angenommen haben und für die aus »nationalen Interessen« ein Interventionsrecht beansprucht wird. Auch wenn Bender den Begriff nicht gebraucht, fühlt man sich hier an die koloniale britische Machtpolitik durch »indirect rule«, durch eingesetzte bzw. ermächtigte lokale Verwaltungen erinnert. Beide Supermächte wurden eher zögerlich zu weltpolitischen Akteuren. Amerikas Entwicklung zum »global player« wurde nicht zuletzt durch die von Europäern entfachten Weltkriege beschleunigt, in die sich die Amerikaner nur widerwillig hineinziehen ließen. Mit dem Argument Benders, dass beide expansiv aus defensiver Absicht wurden, wird

7. Wie einen Kommentar zu Bender liest man Lipset (S. 71): »For eighteenth- and nineteenth-century American intellectuals, London and other European capitals were the centers which had to be impressed. Only Europe's learning, literature, art and higher education were viewed as good while America's (...) were viewed as inferior«.

Sicherheit als Grundmotiv für den Gang auf die Weltbühne allerdings leicht überstrapaziert. Es zeigt sich hier aber ein Berührungspunkt zur Einschätzung von Barber (s.u.), dass hinter der neuen sicherheitspolitischen Doktrin der USA das Grundmotiv der Angst steht. Eine Mischung aus Angst und Übermacht verleitet nach Bender auch Rom zur Vernichtung von Gegnern (Karthago, Korinth, Numantia), die längst keine Gefahr mehr waren. Man fühlt sich hier natürlich an die US-Interventionen in vermeintlich »schwachen« Ländern und die Brutalisierung des Krieges erinnert. So begann die amerikanische Brutalisierung des Irak-Krieges ganz unverhohlen unter dem Namen »shock and awe« und endete (vorläufig) in den Folterkammern von Abu Graibh. Eine weitere erschreckende Parallele ist das »notorisch gute Gewissen«, das beide bei ihren Eroberungen hatten bzw. haben.

In der Lesart von Bender ist die Doktrin des Präemptiv – Krieges keine Eigenheit der Regierung Bush, sondern im Zuge amerikanischer Machtentfaltung, in der Erweiterung ihrer Sicherheitszonen, quasi machtlogisch angelegt. Bender weist mit seinen historisch-vergleichenden Beobachtungen in dankenswerter Klarheit darauf hin, dass die USA »erst am Anfang eines Weges [stehen], dessen Verlauf und Ende niemand kennt« (243), dass also alle Prophezeiungen eines baldigen Niedergangs der Supermacht reinem Wunschenken bzw. übertriebenen Befürchtungen entspringen. »Mit dem Jahr 190 v. Chr. trat die Antike und mit dem Jahr 1991 die Gegenwart in einen nie gekannten Zustand« (185). Er deutet mit diesem Vergleich an, dass das amerikanische Jahrhundert nicht hinter uns, sondern vor uns liegt. Der 11. September 2001 markiert in dieser Perspektive keine Zäsur, sondern lediglich eine neue Etappe in der Ausweitung US-amerikanischer Sicherheitspolitik. Die USA sind für Bender eine noch junge, wachsende, expandierende Nation, die ihre Selbstwirksamkeit noch erprobt und erweitert.

Benders Vergleich besticht durch eine Fülle intuitiver Einsichten und durch die Eingängigkeit seiner Sprache, weniger durch seine systematische Anlage und Durchführung. Dem Buch ist z.B. vorgeworfen worden, dass es die kapitalistische Dimension der »weltpolitischen Dominanz á la américaine«⁸ vernachlässige und eine agrarische, sklavenhaltende Wirtschaftsordnung mit einer kapitalistischen Mediendemokratie gleichsetze. Das Überraschende daran ist aber, dass die USA bei ihrer Expansion ein

8. Vgl. die Rezension von Norbert Finzsch »Die amerikanische Insel« in der *Süddeutschen Zeitung* 224/2003, S. 10.

Stadium der feudalistischen Sklavenwirtschaft überwinden mussten, um ihren wirtschaftlichen Aufstieg fortsetzen zu können. Man könnte Bender also so interpretieren, dass die USA die »römische Gefahr« des Steckenbleibens auf einer Stufe des sklavenhaltenden Agrarfeudalismus, wie er in den Südstaaten verbreitet war, bannen mussten, um die wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen zu können. Die triadische Integration des Sklavenhandels in die Weltwirtschaft spricht dann nicht für, sondern gegen den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der USA. Wirtschaft und Werte sind quasi engstens verschränkt. Mit Lipset ist darauf zu verweisen, dass die USA auch nach dem Sezessionskrieg trotz des enormen Einflusses entsprechender Interessen, z.B. durch die sogenannten »first families«, immer wieder zu »equality and achievement« zurückgefunden haben. Beide, Bender und Lipset, reduzieren amerikanische Weltmachtspolitik nicht auf ökonomische Determinanten und Interessen, das macht die Lektüre anregend – gerade auch für Widerspruch.

Die gegenwärtig häufig zu vernehmende Betonung der Notwendigkeit, die transatlantischen Beziehungen zu stärken, macht die Gefahr deutlich, die es insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu bannen gilt: dass sich eben diese Beziehungen schwächen könnten. Genau dieser Fall ist dann auch mit dem Irak-Krieg, der Nahostpolitik und diversen Handelsstreitigkeiten eingetreten. Der eingangs skizzierte Befund der gegenläufigen Entwicklung amerikanisch-europäischer Beziehungen lässt sich anschaulich am Schicksal der »Neuen Transatlantischen Agenda« (NTA) illustrieren. *Sabine Busse* untersucht in ihrer Studie über »die Neue Transatlantische Agenda als Grundlage einer effektiven Partnerschaft« die transatlantische Erklärung von 1990, die NTA von 1995, sowie die in der Folge stattfindenden Gipfeltreffen als Ausdruck des Wandels, der sich in den transatlantischen Beziehungen seit 1989/90 eingestellt hat. Die Bilanz der Neuen Transatlantischen Agenda fällt nicht nur wegen des 11. September, wie Werner Weidenfeld im Vorwort betont, ernüchternd, aber nicht hoffnungslos aus. Busse drückt diese Ernüchterung in der Frage nach Grundlagen einer »effektiven Partnerschaft« aus. Statt von Wertegemeinschaft oder Freundschaft ist jetzt von einer für beide Seiten nützlichen »Partnerschaft« die Rede. Für die USA heißt das z.B., dass sie mit den »neuen« Staaten Ost- und Südosteuropas über zusätzliche logistische und strategische Möglichkeiten verfügt, die Deutschland in dieser Hinsicht ersetzbar machen. Die Rolle Polens im Irak-Krieg und der Besuch des US-Präsidenten im Mai 2003 in Polen haben hier deutliche Signale gesetzt.

Busse kommt zu dem Ergebnis, dass beide Seiten »durch die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Strukturen und durch gemeinsame Werte und Ziele eng aneinander gebunden« (78) sind, dass aber die transatlantische Gemeinschaft erneut vor der Frage nach dem »Wohin« steht. Kurzfristige Interessenkoalitionen und Ad-hoc-Partnerschaften sind eine mögliche Variante zukünftiger Beziehungen. Da die Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen von Seiten der USA zwar noch von der Regierung Bush sen. initiiert, dann aber in den 1990er Jahren von einer demokratischen und damit tendenziell »Europa-freundlicheren« Administration betrieben wurde, hätte man sich gerne noch einen Seitenblick auf die Bedeutung der Regierungswechsel für die transatlantischen Beziehungen gewünscht. Insgesamt zeichnet sich die Studie von Busse durch eine detaillierte, kenntnisreiche Rekonstruktion und Bewertung transatlantischer »Rettungsversuche« in den 1990er Jahren einschließlich der Konsequenzen des 11. September 2001 auf die NTA aus. Eine stärkere Berücksichtigung der Gesamtkonstellation amerikanischer Außenpolitik bzw. des internationalen Gefüges wäre zwar wünschenswert gewesen, jedoch ist eine solche Beschränkung der Fragestellung für universitäre Examensarbeiten nicht ungewöhnlich.

Während Bender in seinem historischen Vergleich der Semantik des »Imperiums« skeptisch gegenüber steht und Lipset sie eher vermeidet, baut *Benjamin Barber* sie sogar in den Titel ein. In »Imperium der Angst« ist Barbers Anliegen eine Kritik der Außenpolitik George W. Bushs und der strategischen Doktrin, mit der sie begründet wird. Barber skizziert den Weg von der alten Abschreckungsdoktrin zur neuen Doktrin des »präventiven Krieges«. Ausgangspunkt bzw. Stein des Anstoßes ist auch hier der »exzeptionalistische Mythos« der USA. Dieser liefere »besondere Rationalisierungen sowohl für den Isolationismus, der Amerika vor den Wirren der Weltpolitik abzuschotten versucht hat, als auch für den Interventionismus, der das Land letztlich mitten in diese Politik hineinkatapultierte« (62). Die Parallele zu dem Muster, das Bender als »insularen Isolationismus«, als Expansion aus defensiver Absicht beschrieben hat, tritt hier deutlich hervor. Der Traum einer weltraumgestützten Raketenabwehr als Ausdruck amerikanischen Selbstverständnisses, des Wunsches nach Unabhängigkeit und Unverwundbarkeit ist schon fast ein Symbol dieses Strebens. Auch das Muster, zu herrschen ohne zu regieren, findet sich bei Barber wieder, wenn er den USA zuschreibt, sie zögen es vor, sich nicht zu »verstricken« und die »Welt nicht allzu genau unter die Lupe zu nehmen« (62). Barber begnügt sich dann aber damit, anders als Lipset

und Bender, die exzeptionalistische Position lediglich als defizitären Begründungsmodus zu beschreiben: »Keine exzeptionalistische Position wird jemals dem Kantschen Prinzip gerecht werden können, welches besagt, dass die Moralität oder Legalität einer Vorschrift daran gemessen werden kann, wie universell sie in ihrer Anwendbarkeit ist [...] Die ganze exzeptionalistische Rhetorik Amerikas läuft letzten Endes darauf hinaus, dass die universell gültigen Regularien des Kriegführens für die Vereinigten Staaten nicht gelten sollen« (109). Der Denkfehler des Exzeptionalismus liege in der Annahme, die Verbündeten bis hin zu den Feinden billigten den USA einen Sonderstatus zu, der sich nicht aus universellen Prinzipien ableitet, sondern aus besonderen nationalen Qualitäten, dass also die anderen Nationen quasi aus Einsicht keinen vergleichbaren Anspruch auf eigene Präventivstrategien entwickeln würden. Gerade hier aber liegt Barbers eigener Denkfehler, der sich zu wenig bemüht, die Handlungslogik der Supermacht zu rekonstruieren, für die eine wie auch immer geartete internationale »Billigung« oder »Einsicht« in den Sonderstatus der USA gar nicht erstrebenswert ist. Auch der Demokrat und »Multilateralist« Joseph S. Nye⁹ hält unilaterales Vorgehen dort für legitim, wo vitale nationale Interessen auf dem Spiel stehen und eine Einbindung von Verbündeten scheitern sollte. Die Supermacht hat eine internationale »Billigung« ihres Sonderstatus schlicht und einfach (noch) nicht nötig. Mit dieser oben skizzierten Argumentationsfigur versperrt sich Barber allerdings die Einsicht in die paradoxe Konstitution der amerikanischen Supermacht, wie sie bei Nye angedeutet ist. Deswegen kann Barbers Kalkül auch nicht aufgehen, die Regierung Bush auf der »Kontrastfolie« der Clinton-Administration zu kritisieren, für die er zeitweilig als Berater tätig war. Clinton wie auch Nye haben immer wieder betont, dass die USA im nationalen Interesse und bei eindeutiger Beweislage auch ohne UN-Mandat alleine militärisch intervenieren können muss.

Das Problem hinter der amerikanischen Außenpolitik ist weniger die ihr oft vorgeworfene Arroganz der Macht als vielmehr das Festhalten an einer Fiktion von Souveränität. Jede Einschränkung des Anspruchs, nationale Interessen verfolgen und durchsetzen zu können, würde die Souveränität auf den übergehen lassen, der über die Macht verfügt, diese Einschränkungen auszuüben. Der auch im Exzeptionalismus zum Ausdruck

9. Joseph S. Nye (2003): *Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht*, Hamburg: EVA. Vgl. auch die Rezension in: *IPG* 1/2003, S. 192–193.

kommende Souveränitätsanspruch bezeichnet die Unabhängigkeit bei der Verfolgung und Durchsetzung »nationaler Interessen«. Die dabei sichtbar werdende Willkür fordert Einschränkungen geradezu heraus, die aber nur als Selbstbindung für die betreffende politische Ordnung akzeptabel ist. Die US-Interessenpolitik wird so lange als willkürlich wahrgenommen, wie die internationale Ordnung hierarchisch geprägt ist. Mit der faktischen Nivellierung dieser Ordnung werden neue Einhegungen der Anarchie der internationalen Staatenwelt erforderlich, die gegenwärtig durch neue Semantiken der Staatenrechte vorbereitet werden.

Eine individualistischere, egalitäre Staatenrechtssemantik würde es erlauben, trotz bestehender großer Unterschiede Staaten als gleich wahrzunehmen. Diese Semantik gleicher Staatenrechte wird durch die Willkür der USA ironischerweise eher gefördert als gehemmt. Das Paradoxon der Bindung souveräner Staaten hat auf einzelstaatlicher Ebene¹⁰ bereits die politische Evolution von der Monarchie über den Konstitutionalismus, Gewaltenteilung und Legitimationssemantiken bis hin zu den modernen, nationalstaatlichen Demokratien angetrieben. Es dehnt sich nun auf die Ebene der internationalen Beziehungen aus, indem im Staatenrecht die Souveränität der Staaten eingeschränkt bzw. an Bedingungen geknüpft wird. Benders Diagnose des Herrschens, ohne zu regieren, passt sehr gut in diese Beschreibung, denn wenn der souveräne »Herrscher« zu regieren anfängt, hat er bereits Bindungen bzw. Beschränkungen seines Souveränitätsanspruchs akzeptiert.

So weit sind die USA aber noch nicht. Statt also »Denkfehler« des amerikanischen Exzeptionalismus zu kritisieren, scheint es sinnvoller, in diesem Phänomen einen Antrieb für die Evolution der internationalen Politik hin zu neuen konstitutionellen und legitimatorischen Bemühungen zu sehen. Der amerikanische Exzeptionalismus ist in dieser Perspektive mit den frühneuzeitlichen Staatsrechtslehren vergleichbar, die, wie man weiß, erst der Anfang der Evolution und Differenzierung moderner politischer Ordnungen gewesen sind. Die amerikanischen Hinweise auf die eigenen guten Absichten, auf Sittlichkeit, Tugend, Rechtschaffenheit und die Verbreitung von Freiheit als globaler Mission sind dann lediglich vorübergehende Legitimationssemantiken, mit denen die USA den Abschied von der Fiktion absoluter Souveränität verzögern.

10. Vgl. hierzu exemplarisch die britische Figur der »absoluten Parlamentsouveränität« und ihren Wandel im Zuge der britischen EU-Integration; z.B. in: Stefan Schieren: *Die stille Revolution. Der Wandel der britischen Demokratie unter dem Einfluss der europäischen Integration*, Darmstadt 2001.

In einer weiteren Argumentationslinie versucht Barber darzulegen, warum die Strategie, Angst mit Angst zu bekämpfen, in eine Sackgasse führen muss. Wenn das Ziel von Terrorismus ist, »Angst und Schrecken« als Kommunikationsstrategie, quasi als kommunikative Waffe einzusetzen, dann ist die Rechnung der Terroristen des 11. September aufgegangen. Weil die Verbreitung von Angst die »einzige« Waffe der Terroristen sei, bemühten die sich darum, »eine Epidemie der Angst zu verbreiten. Den Rest besorgt das Immunsystem des von der Angst befallenen Organismus, der mit allen Mitteln versucht, die Infektion zu neutralisieren, und dabei notfalls auch die infizierten Systeme des eigenen Körpers angreift« (24). Der Erfolg der Angststrategie zeige sich nicht nur an den Aktienmärkten und der »Austrocknung der bürgerlichen Freiheitsrechte«, sondern geradezu symbolisch in der Fixiertheit der Amerikaner »auf die farbcodierten Alarmstufen, mit denen die US-Regierung ihnen bekannt gibt, wie sicher sie sich zum jeweiligen Zeitpunkt gerade fühlen dürfen« (25) und was im Umkehrschluss heißt, wie viel Angst sie gerade haben müssen. Leider bleibt Barbers Analyse der Angstdimension der Politik lückenhaft. So wird mit keinem Wort darauf hingewiesen, dass Angststrategien immer schon ein Mittel der Politik gewesen sind, nicht zuletzt im Kalten Krieg. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, dass dies eine Entdeckung der jüngsten Terroristen gewesen sei, auf die die Bush-Administration völlig naiv hereingefallen sei. Barbers Argumentationsfiguren sind oft einfach gestrickt.

Eine weitere einfache Argumentationsfigur Barbers ist mit der beliebten Sackgassen-Metapher verbunden.¹¹ Die Sackgassen-Metapher zeigt sich bis auf die Ebene der Überschriften in Formulierungen wie: »Man kann nicht Amerika exportieren und es Freiheit nennen«. Solche Phrasen haben eine wichtige Funktion für die Immunologie des eigenen Weltbildes. Das Verführerische dieser Phrasen ist, dass sie das Verständnis für die andere Seite blockieren: sie sprechen ihr pauschal die Zukunft ab. Hat die andere Seite aber keine Zukunft, so braucht man sich auch nicht mehr weiter um Verstehen zu bemühen. Quasi nebenbei wird für die eigene Seite das Wissen um den richtigen Weg reklamiert. Benjamin Barbers »Imperium der Angst« ist leider nur eines von einer Vielzahl von Neuerscheinungen, bei denen man den Eindruck gewinnen kann, Ekel und

11. Vgl. Harald Müller, *Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September*, Bonn 2003, Bundeszentrale für politische Bildung. Die Verlagsausgabe (Frankfurt a.M. 2003, Fischer) erschien unter dem Titel *Amerika schlägt zurück*.

Verachtung seien die einzige angemessene, legitime Reaktion auf die gegenwärtige, seit der Wiederwahl Bushs nun auch eindeutig demokratisch legitimierte Politik der USA. Anscheinend gehört es für manche sozialwissenschaftliche Intellektuelle immer noch zum guten Stil, die USA zu attackieren, um sich zu qualifizieren. Das Beispiel anderer ehemaliger Clinton-Mitarbeiter zeigt, dass nicht zwangsläufig die Analytik der Polemik zum Opfer fallen muss. Barber und Lipset repräsentieren sicherlich unterschiedlichste Positionen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen über die USA. Während man Lipset durchaus in der Tradition der präzisen, nüchtern analysierenden Seite Max Webers sehen kann, würde man das emotionale, zornig geschriebene Buch Barbers wahrscheinlich noch übergebührlich würdigen, wenn man es mit der polemischen Seite Webers in Verbindung bringen würde.